



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 6.9.2022
C(2022) 6534 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 6.9.2022

zur Genehmigung des Programms „EFRE - Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ für das Land Sachsen-Anhalt in Deutschland

CCI 2021DE16FFPR004

(NUR DER DEUTSCHE TEXT IST VERBINDLICH)

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 6.9.2022

zur Genehmigung des Programms „EFRE - Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ für das Land Sachsen-Anhalt in Deutschland

CCI 2021DE16FFPR004

(NUR DER DEUTSCHE TEXT IST VERBINDLICH)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für die finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik¹, insbesondere auf Artikel 23 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 10. März 2021 übermittelte Deutschland über das elektronische Datenaustauschsystem der Kommission das Programm „EFRE - Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziels „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ für das Land Sachsen-Anhalt in Deutschland.
- (2) Das Programm wurde von Deutschland in Zusammenarbeit mit den Partnern aus Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 erstellt.
- (3) Das Programm enthält alle Elemente aus Artikel 22 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 und wurde gemäß dem Muster aus Anhang V der Verordnung (EU) 2021/1060 ausgearbeitet.
- (4) Gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird im Programm die Bewertung Deutschlands, ob die zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzungen und die thematischen grundlegenden Voraussetzungen im Zusammenhang mit den ausgewählten spezifischen Zielen dieses Programms erfüllt sind, dargelegt.
- (5) Gemäß Artikel 23 der Verordnung (EU) 2021/1060 hat die Kommission das Programm bewertet und am 29. April 2022 Anmerkungen nach Absatz 2 dieses Artikels vorgebracht. Deutschland hat zusätzliche Informationen übermittelt und am 23. August 2022 ein überarbeitetes Programm vorgelegt.

¹ ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159.

- (6) Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass das Programm mit der Verordnung (EU) 2021/1060 und mit der Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates² im Einklang steht, der Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland entspricht und den relevanten länderspezifischen Empfehlungen, den im integrierten nationalen Energie- und Klimaplan ermittelten einschlägigen Herausforderungen und den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte Rechnung trägt.
- (7) Gemäß Artikel 86 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 stellt der vorliegende Beschluss einen Finanzierungsbeschluss im Sinne des Artikels 110 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates³ dar. Es ist jedoch notwendig, die Elemente zu spezifizieren, die für eine Mittelbindung für das in diesem Beschluss genannte Programm erforderlich sind.
- (8) Gemäß Artikel 112 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/1060 müssen für jede Priorität der Kofinanzierungssatz und der Höchstbetrag der Unterstützung aus den Fonds festgelegt werden. Es ist ebenfalls erforderlich anzugeben, ob der Kofinanzierungssatz für die Priorität für den Gesamtbeitrag, einschließlich des öffentlichen und privaten Beitrags, oder für den öffentlichen Beitrag gilt.
- (9) Der vorliegende Beschluss greift der Stellungnahme der Kommission zur Vereinbarkeit jeglichen im Rahmen des Programms unterstützten Vorhabens mit den zum Zeitpunkt der Gewährung der Unterstützung geltenden Vorschriften für staatliche Beihilfen nicht vor.
- (10) Das Programm sollte daher genehmigt werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Das Programm „EFRE - Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt“ für eine Unterstützung aus dem EFRE im Rahmen des Ziels „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ für das Land Sachsen-Anhalt in Deutschland im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2027, in der endgültigen Fassung vorgelegt am 23. August 2022, wird hiermit genehmigt.

Artikel 2

1. Der Höchstbetrag der Unterstützung aus dem EFRE für den gesamten Programmplanungszeitraum und aufgeschlüsselt nach Jahren, ist in Anhang I festgelegt.
2. Der Höchstbetrag der Unterstützung für das Programm wird auf 1 311 425 121 EUR festgelegt und gemäß der Gliederung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2022 aus der folgenden Haushaltslinie finanziert:
05 02 01.02: 1 311 425 121 EUR (EFRE – Übergangsregionen).

² Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60).

³ Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1).

3. Der Kofinanzierungssatz für jede Priorität ist in Anhang II festgelegt. Der Kofinanzierungssatz für jede Priorität gilt für den Gesamtbeitrag, einschließlich des öffentlichen und privaten Beitrags.

Artikel 3

Alle grundlegenden Voraussetzungen sind erfüllt.

Artikel 4

Dieser Beschluss ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 6.9.2022

Für die Kommission
Elisa FERREIRA
Mitglied der Kommission

